

Der „Boykott“ jüdischer Geschäfte Anfang April 1933

Im Ausland wurden die Ausschreitungen der nationalsozialistischen Basis und die angekündigten „Maßnahmen“ der neuen Regierung gegen die Juden in Deutschland mit großer Sorge beobachtet. Vor allem in den USA, aber auch vielen anderen europäischen und außereuropäischen Ländern, diskutierte man, ob ein Handelsboykott eine angemessene Reaktion sei. Ende März 1933 lamentierte die deutsche Presse – so auch die Tageszeitung „Der Gemeinnützig“ in Varel – über die angeblichen „Gräuelnachrichten“ des Auslands gegen die neue Regierung. Die Leser konnten nun auch erste Hinweise auf einen bevorstehenden „Judenboykott“ finden. Er sollte offensichtlich als zentral und reichsweit inszenierte Gegenmaßnahme dienen, um durch solche Pressionen gegen die einheimischen Juden die Auslandspresse zur Änderung ihrer Berichterstattung zu veranlassen.

Auf höchster Ebene organisiert wurde diese antijüdische Aktion von einem „Zentral-Komitee zur Abwehr der jüdischen Gräuel- und Boykotthetze“ unter Julius Streicher, dem fränkischen NSDAP-Gauleiter und Herausgeber des antisemitischen Hetzblattes „Der Stürmer“.

Zur praktischen Durchführung sollten überall im Reich örtliche „Aktionskomitees“ gebildet werden. „Der Boykott setzt schlagartig Samstag, den 1. April, Punkt 10 Uhr vormittags ein“, lautete die zentrale Vorgabe. Dazu war geplant, im ganzen Deutschen Reich gleichzeitig Massenversammlungen stattfinden zu lassen. „Deutsche! Wehrt Euch! Kauft nicht bei Juden!“ - unter Parolen wie dieser begann dann tatsächlich am 1. April 1933 um 10 Uhr der landesweite Boykott jüdischer Geschäfte, Ärzte und Rechtsanwälte.

Der Ablauf der Boykottaktion in Varel unterschied sich nicht wesentlich von den Ereignissen in anderen Ortschaften und Städten, in denen jüdische Geschäftsleute beheimatet waren.

Schon am 29. März 1933 ließ über die Vareler Tageszeitung die „hiesige SA-Leitung (...)“ mitteilen, dass sie durch SA-Leute von nun an wieder eine Kontrolle ausüben lassen wird, wer in jüdischen Geschäften kauft. Sie werde dafür Sorge tragen, dass besonders die Namen der bei Juden kaufenden Geschäftsleute in der Öffentlichkeit bekannt werden.

Sie begründet diese Maßnahme in einem Schreiben an uns wie folgt:

Die Vareler Kaufmannschaft hat schon mehrere Male an die Konsumenten die Bitte gerichtet, nur am Platze zu kaufen. Das ist sehr gut gesagt, aber was man von dem einen erwartet, darf man selbst nicht außer Acht lassen. (...). Der Ruf: ‚Kauft nicht beim Juden‘, ist zwecklos, wenn die Geschäftswelt selbst in den jüdischen Geschäften ihre Einkäufe macht.

Vareler Bürger, seht euch nur einmal eine Stunde lang die Besucher der jüdischen Geschäfte in Varel an, und ihr werdet staunend feststellen, dass dort Angehörige der Kaufmannschaft und der Handwerker einen großen Prozentsatz stellen. Scheinbar haben die wenigsten Volksgenossen begriffen, was Nationalsozialismus ist. Das heißt, einzutreten für ehrliche deutsche Volksgenossen, überall, wo es nur eben möglich ist. Dagegen den Fremdkörper im deutschen Volke als überflüssig zu betrachten und zu behandeln.“¹

Zwei Tage später ließ das „Vareler Aktionskomitee zur Abwehr der jüdischen Greuel- und Boykotthetze“ über die Tageszeitung „Der Gemeinnützig“ eine Liste von zwölf Geschäften in Varel veröffentlichen, die aus Sicht der Organisatoren als „jüdische Geschäfte“ für den geplanten Boykott in Frage kamen.

1 „Der Gemeinnützig“, Varel, 29.3.1933.

Varel, den 29 März 1933.

Im Abwehrkampf gegen die jüdische Deutschensbeze im Ausland.

Die hiesige SA-Leitung läßt in Verfolg der nat.-soz. Abwehrmaßnahmen (siehe auch im Hauptblatt) gegen die jüdische Propaganda und den Boykott Deutschlands im Auslande mitteilen, daß sie durch SA-Leute von nun an wieder eine Kontrolle ausüben lassen wird, wer in jüdischen Geschäften kauft. Sie werde dafür Sorge tragen, daß besonders die Namen der bei Juden kaufenden Geschäftsleute der Öffentlichkeit bekannt werden.

Sie begründet diese Maßnahme in einem Schreiben an uns wie folgt:

Die Vareler Kaufmannschaft hat schon mehrere Male an die Konsumenten die Bitte gerichtet, nur am Plage zu kaufen. Das ist sehr gut gesagt, aber was man von dem einen erwartet, darf man selbst nicht außer Acht lassen. Wenn man aber als Konsument hört und sieht, wo ein Teil der Kaufmannschaft ihre Einkäufe tätigt, dann sollte man annehmen, daß diese mit der Existenz der Warenhäuser und dergleichen einverstanden sind. Wir brauchen gar nicht nach außerhalb zu fahren, um diese Feststellungen zu treffen. Der Ruf: „Kauft nicht beim Juden“, ist zwecklos, wenn die Geschäftswelt selbst in den jüdischen Geschäften ihre Einkäufe macht. Vareler Bürger, seht euch nur einmal eine Stunde lang die Besucher der jüdischen Geschäfte in Varel an, und ihr werdet staunend feststellen, daß dort Angehörige der Kaufmannschaft und der Handwerker einen großen Prozentsatz stellen. Scheinbar haben die allerwenigsten Volksgenossen begriffen, was Nationalsozialismus ist. Das heißt, eintreten für ehrliche deutsche Volksgenossen, überall, wo es nur eben möglich ist. Dagegen den Fremdkörper im deutschen Volke als überflüssig zu betrachten und zu behandeln.

Das Vareler Aktionskomitee zur Abwehr der jüdischen Greuel- und Boykottbeze

veröffentlicht folgende Mitteilung:

Verräter am Volke ist, wer beim Juden kauft. Mächt eure deutschen Brüder, die im Ausland von Juden mißhandelt wurden! Jeder, der beim Juden kauft, wird in der Zeitung öffentlich am Pranger gestellt. Der deutsche Bauer meidet den jüdischen Viehhändler. Geht zu keinem jüdischen Rechtsanwalt. Zieht keine jüdischen Ärzte zu Rate!

Als jüdische Geschäfte in Varel kommen in Frage:

Franz Schwabe, Lederfabrik,
Sally Herzberg, Färberei,
Ludw. Weiß, Warenhaus,
Bukofzer, früher Schickler,
Leo Neumann, Schuhwaren,
Gebr. de Levie, Fleischwaren,
Kurt Schwabe, Manufakturen,
L. Frank, Textil-Klein- und Großhandlung,
Ed. Visser, Textil-Großhandel,
Pinto, Viehhandel,
Wolff, Viehhandel,
Weinberg, Produktengeschäft.

Die Firma Gebr. de Levie, Inhaber Bruno und Gustav de Levie, teilt uns mit, daß ihre Firma keine jüdische Firma ist, sondern daß die Inhaber seit über 40 Jahren Mitglieder der evgl.-luth. Kirchengemeinde Varel sind. Sie fühlen sich auch in keiner Weise als Juden und haben alle jüdischen Bestrebungen gegenüber stets ferngehalten.

Abb.: „Der Gemeinnützig“, Varel,
29. und 31. März 1933.

Im Boykottaufruf sind aufgeführt:

- „Lederfabrik“ Franz Schwabe, Steinbrückenweg 47,
- Färberei Sally Herzberg, Lange Straße 57,
- Kaufhaus von Ludw[ig]. Weiß (richtig: Weiss), Hindenburgstraße 3,
- Kaufhaus „Bukofzer, früher Schickler“ war ein Kaufhaus in der Schloßstraße 12,
- Schuhwarengeschäft von Leo (Lesser) Neumann, Drostenstraße 2,
- Textil- und Manufakturgeschäft Kurt (richtig: Curt) Schwabe (richtig: Schwabe-Barlewin) Haferkampstraße 10,
- Textilgroßhandel L[udwig] Frank, fHansastraße 4,
- Textilgroßhandel Ed[uard] Visser gemeinsam geführt mit seinem Schwager Sally Rose, Neumühlenstraße 12,
- Viehhändler Hermann Pinto, Neue Straße 6,
- Viehhandel von Willi Wolff, Moorhausener Weg 2,
- Produktenhandel Ernst „Sally“ Weinberg, Schüttingstraße 13.

Unter den am 31. März namentlich aufgeführten Geschäften in Varel war auch das Fleischwarengeschäft der Gebrüder de Levie, deren Familie bereits vor Jahren zum Christentum konvertiert war.

Die Nationalsozialisten hatten allerdings gewisse Schwierigkeiten, überhaupt genau zu definieren, was denn aus ihrer Sicht als „Jude“ zu gelten hatte. Die Gebrüder de Levie sahen sich daher veranlasst, auf diesen Sachverhalt durch einen ergänzenden Hinweis der Zeitungsredaktion aufmerksam zu machen. Am Tag des Boykotts, dem 1. April 1933, mussten die Bürger allerdings zur Kenntnis nehmen, dass aus Sicht der Vareler Nazis auch die Gebrüder de Levie weiterhin dem „Judentum“ zugerechnet wurden, denn:

MEMO Boykottaktion April 1933

„Der Schlachtereibetrieb der Gebrüder de Levie ist ein jüdisches Geschäft und die Inhaber Anhänger der jüdischen Rasse. Unter dem Deckmantel einer christlichen Religion glaubt der Jude bessere Geschäfte machen zu können. Der Jude bleibt ewig ein Fremdrossiger und kann nie ein Deutscher werden. Wir warnen nochmals jeden Deutschen, jüdische Geschäfte zu betreten.“

An anderer Stelle in der gleichen der Lokalzeitung griff das Vareler „Aktionskomitee“ den erhofften weiteren Entwicklungen voraus und verband mit dem Boykottaufruf noch eine Drohung gegen alle Staatsbediensteten:

„Zum Boykott gegen jüdische Geschäfte. Wie wir in Erfahrung bringen, besteht die Absicht, allen in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Beamten, Angestellten und Arbeitern, soweit sie beim Einkauf im jüdischen Geschäft getroffen werden, ihre Stellungen zu kündigen (...).“²

Am Morgen des 1. April 1933 begann in der Stadt die Aktion wie geplant:

Uniformierte SA-Angehörige mit einheitlich gestalteten Plakaten und Spruchbändern nahmen Stellung vor den jüdischen Geschäften und versuchten, die Kunden von einem Besuch abzuhalten. Die Schaufenster der Geschäfte waren mit antijüdischen Zetteln („Kauft nicht beim Juden!“) beklebt worden, zudem fuhren mit Parolen versehene Lastkraftwagen mit SA-Angehörigen durch die Stadt. Die Vareler Tageszeitung ließ in einer kurzen Notiz über die ganze Aktion verlauten, sie habe sich in „Ruhe und Ordnung“ vollzogen und zu „Zwischenfällen“ sei es nicht gekommen.

Das dies bestenfalls nur die halbe Wahrheit war, belegt die andernorts zu lesende Meldung über einen Vorfall beim Geschäftshaus des Lederfabrikanten Schwabe. Er hatte sich den marodierenden SA-Horden entgegengestellt, als diese in sein Büro eindringen wollten, und kassierte dafür einige Stunden „Schutzhaft wegen Widerstand“ im Polizeigefängnis in Varel.³

Nachtrag zum lokalen Teil.

Die Boykottbewegung in Varel

vollzog sich heute vormittag in aller Ruhe und Ordnung. Vor den jüdischen Geschäften haben SA-Leute mit Plakaten Auffstellung genommen. Zu Zwischenfällen ist es nirgends gekommen.

Abb: „Der Gemeinnützig“,
Varel, 1. April 1933.

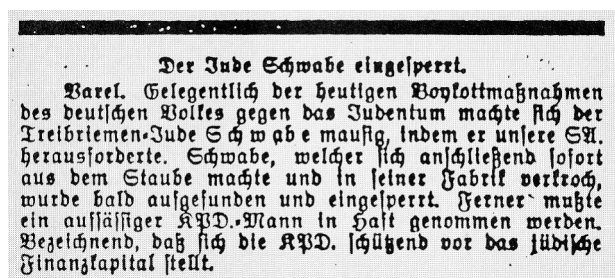


Abb.: „Oldenburgische Staatszeitung“,
Oldenburg, 2. April 1933.

Da der „Boykott“ – kaum verwunderlich - die von den Nationalsozialisten gewünschte Wirkung nicht erzielte, wurde die Aktion am Abend des 1. April ausgesetzt und drei Tage später offiziell für beendet erklärt.

Die fortgesetzten scharfen Reaktionen aus dem Ausland bis hin zu weiteren Boykottandrohungen deutscher Waren ließen weitere negative Konsequenzen für die Wirtschaft und das Ansehen des NS-Regimes befürchten.

Zudem reagierte in diesem Fall die nichtjüdische Bevölkerung nur sehr reserviert auf den nationalsozialistischen Boykottaufruf. Besonders in katholischen Bevölkerungskreisen war es zu zahlreichen Gesten der Solidarität aus Mitleid und Betroffenheit gekommen.

² „Der Gemeinnützig“, Varel, 1.4.1933.

³ „Oldenburgische Staatszeitung“, Oldenburg, 2. April 1933. Vgl. auch Insassenregister des Polizeigefängnisses Varel, Niedersächsisches Landesarchiv Oldenburg (Fortan NLA OL), Bestand 231-3, Nr. 223 (Reg. Nr. 87).

MEMO Boykottaktion April 1933

Der schon vor 1933 mit der „nationalen Bewegung“ sympathisierende Schriftleiter der Vareler Zeitung „Der Gemeinnützig“, Franz Knorr, sah sich daher zu folgendem Kommentar veranlasst: „In manchen Kreisen des Bürgertums hat man sich in diesen Tagen, mitunter sehr lebhaft, über die moralische Seite des B o y k o t t s unterhalten und sich so gebärdet, als sei der Boykott etwas Niedagewesenes.“ Der Schriftleiter hielt diese Bedenken aber für völlig unangebracht. Er beklagte sich über angeblich zuvor durchgeführte „Boykottaufrufe“ gegen „nationale Geschäftsleute“ und den „Gemeinnützig“ in Varel, die er sozialdemokratischen und kommunistischen Zeitungen und Flugblättern und den freien Gewerkschaften vorwarf. Der frühere politische Kampf der nun bereits verfolgten Gegner der Nationalsozialisten in Varel (laut Knorr alles „Marxisten und Bolschewisten“) diente ihm zur Rechtfertigung der rassistisch motivierten „Boykottaktion“ der Nazis.

Allerdings veranlassten die Vorfälle im Rahmen dieser Boykottaktion wohl nicht wenige Vareler, fortan ihre Waren besser in ausgewiesenen „arischen Geschäften“ zu kaufen. Die jüdischen Geschäftsinhaber waren öffentlich gebrandmarkt und gedemütigt worden, sie mussten nun fortan mit weiteren Beeinträchtigungen ihrer wirtschaftlichen Existenzgrundlage rechnen.

In der Folgezeit blieben in Varel weitere spektakuläre „Aktionen“ dieser Art zunächst aus. Man setzte seitens der Reichsregierung und der Parteiführung nicht auf solche „Einzelaktionen“, sondern auf die fortschreitende Ausgrenzung der jüdischen Bürger aus der „Volksgemeinschaft“ und die schrittweise Einschränkung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Aktivitäten durch „gesetzmäßige“ administrative Maßnahmen.

Ziel dieser Politik war, den Druck auf die Juden immer weiter zu erhöhen, um sie zu einer Aufgabe ihrer Existenz in Deutschland und zur Emigration zu veranlassen.